



Statistischer Beitrag

**Insolvenzverfahren
im Land Bremen**

Insolvenzverfahren im Land Bremen

Von Alexandra Bruchhagen und Markus Habig

Zusammenfassung

Erstmals seit Jahren ist die Zahl der Insolvenzverfahren wieder rückläufig: 2 161 Verfahren (-4,4 %) meldeten die bremischen Gerichte im Jahr 2011 für das Land. Darunter dominieren die Verbraucherinsolvenzen mit 1 599 angemeldeten Verfahren (-3,4 %). Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist dagegen wieder auf 253 Verfahren (+4,1 %) gegen den Bundestrend angestiegen. Im gleichen Zeitraum sank die Zahl der gemeldeten Insolvenzen der übrigen Schuldner auf 309 Verfahren (-14,4 %). Im Vergleich zu den beiden Vorjahren ist hier ein deutlicher Rückgang zu konstatieren. In den beiden Städten verlief die längerfristige Entwicklung seit Einführung der Verbraucherinsolvenzen im Jahr 2001 erkennbar unterschiedlich. Offenbar durch die Einrichtung einer weiteren Beratungsstelle in Bremerhaven nahm die Zahl der beantragten Verbraucherinsolvenzverfahren deutlich zu.

Einleitung

Insolvenzverfahren verfolgen das Ziel, auf der Grundlage der Insolvenzordnung einen Ausgleich zwischen überschuldeten oder zahlungsunfähigen Schuldnern und ihren Gläubigern zu schaffen. Die Insolvenzstatistik wertet Angaben dazu aus den Meldungen der Gerichte aus. Dabei unterscheidet die Insolvenzstatistik zwischen unternehmerisch tätigen Schuldnern (Unternehmen) und übrigen Schuldnern. Zu den Unternehmen zählen auch natürliche Personen wie Einzel- und Kleinunternehmer und freiberuflich Tätige. Bei den übrigen Schuldnern handelt es sich überwiegend um Verbraucher, aber auch natürliche Personen, die früher einmal einer selbstständigen Tätigkeit nachgegangen sind und

nun als Privatperson einen Weg aus der Verschuldung suchen. Ihnen steht die Möglichkeit offen, einen Schuldenbereinigungsplan oder ein vereinfachtes Insolvenzverfahren zu durchlaufen. Zu den übrigen Schuldnern gehören des Weiteren natürliche Personen, die beispielsweise in ihrer Funktion als Gesellschafter oder Geschäftsführer in ein Unternehmensinsolvenzverfahren verwickelt sind, sowie Nachlassinsolvenzen.

Rückläufige Fallzahlen im Jahr 2011

Erstmals seit Jahren ist die Zahl der Insolvenzverfahren wieder rückläufig: 2 161 Verfahren (-4,4 Prozent) meldeten die bremischen Gerichte im Jahr

2011 im Land. Darunter dominieren die Verbraucherinsolvenzen mit 1 599 angemeldeten Verfahren (-3,4 Prozent). Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist dagegen wieder auf 253 Verfahren (+4,1 Prozent) angestiegen. Im gleichen Zeitraum sank die Zahl der gemeldeten Insolvenzen der übrigen Schuldner auf 309 Verfahren (-14,4 Prozent). Im Vergleich zu den beiden Vorjahren ist hier ein deutlicher Rückgang zu konstatieren.

In den beiden Städten verlief die längerfristige Entwicklung erkennbar unterschiedlich. Mit Einführung der Verbraucherinsolvenzen im Jahr 2001 stieg die Zahl der Verfahren in der Stadt Bremen zunächst sprunghaft an. 2011 konnten dann erstmals seit 2007 rückläufige Zahlen registriert werden (1 366 Verfahren, -9,2 Prozent). Dagegen konnte dieser

Tabelle 1
Insolvenzverfahren nach Art des Schuldners 2003 bis 2011

Gebiet	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	
	Anzahl									Häufigkeit ¹⁾
	Verbraucherinsolvenzen									
Stadt Bremen	511	740	940	1977 ²⁾	1 145	1 220	1 350	1 504	1 366	25
Stadt Bremerhaven	76	79	95	74	77	101	137	152	233	21
Land Bremen	587	819	1 035	2 051	1 222	1 321	1 487	1 656	1 599	24
	Unternehmensinsolvenzen									
Stadt Bremen	256	278	248	186	182	150	203	186	206	107
Stadt Bremerhaven	41	46	58	42	37	40	50	57	47	149
Land Bremen	297	324	306	228	219	190	253	243	253	113
	Übrige Schuldner									
Stadt Bremen	294	344	389	395	318	277	359	308	268	.
Stadt Bremerhaven	38	40	61	52	41	47	51	53	41	.
Land Bremen	332	384	450	447	359	324	410	361	309	.
	Insolvenzverfahren insgesamt									
Stadt Bremen	1 061	1 362	1 577	2 558	1 645	1 647	1 912	1 998	1 840	.
Stadt Bremerhaven	155	165	214	168	155	188	238	262	321	.
Land Bremen	1 216	1 527	1 791	2 726	1 800	1 835	2 150	2 260	2 161	.

1) Häufigkeit: Unternehmensinsolvenzen je 10 000 Unternehmen 2009 bzw. Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohner am 1.1.2011.

2) Der starke Anstieg der Verbraucherinsolvenzen beruht unter anderem auf einem Bearbeitungsrückstand aus 2005.

sprunghafte Anstieg in Bremerhaven zunächst nicht festgestellt werden, erst ab 2007 wurden relevante Zuwächse registriert. 2011 erfolgte ein deutlicher Sprung auf 233 angemeldete Verfahren (+53,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). Dies wird allerdings nicht allein auf veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen zurückgeführt, sondern insbesondere auf die Einrichtung einer weiteren Schuldnerberatungsstelle.

Gemessen an der Größe der beiden Städte, liegt die Häufigkeit einer Verbraucherinsolvenz in der Stadt Bremen mit 25 Insolvenzen je 10 000 Einwohnern über der Quote in der Stadt Bremerhaven mit 21. Im Unterschied dazu ist die Insolvenzhäufigkeit für Unternehmen in der Stadt Bremerhaven hö-

her, denn hier wurden 149 Verfahren je 10 000 Unternehmen registriert. In der Stadt Bremen wurde dagegen eine Quote von 107 erreicht.

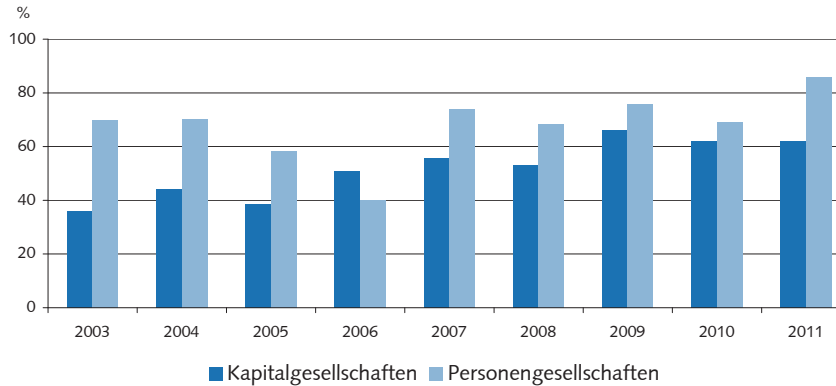
Eröffnungsquoten und Insolvenzgründe

Mit der Einführung der Insolvenzordnung war die Erwartung verbunden, dass Verfahren künftig möglichst frühzeitig eingeleitet werden, um noch eine rechtzeitige und gerechte Verteilung der Vermögenswerte an die Gläubiger zu erreichen. All zu oft seien zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung bereits keine ausreichenden Vermögenswerte mehr vorhanden. Der Ablauf des Verfahrens

stellt sich wie folgt dar: Ein Antragsteller hat bei dem für ihn zuständigen Gericht die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens zu beantragen. Das Gericht hat nach Überprüfung der Vermögensverhältnisse die Möglichkeit, eine solche Verfahrenseröffnung abzulehnen. Dies geschieht in der Regel dann, wenn aus dem restlichen Vermögen die Kosten für die laufenden Verfahrenskosten nicht mehr aufgebracht werden können¹⁾. Bei Kapitalgesellschaften ist bereits die Überschuldung ein zwingender Eröffnungsgrund eines Insolvenzverfahrens, nicht erst eine Zahlungsunfähigkeit. Ein

¹⁾ Für private Antragsteller besteht die Möglichkeit der Stundung der Verfahrenskosten, von der in der Regel auch Gebrauch gemacht wird. Daher bleibt diese Schuldnerart unbehandelt.

Abbildung 1
Eröffnungsquoten von Kapital- und Personengesellschaften 2003 bis 2011



übermäßig hoher Anteil mangels Masse nicht eröffneter Verfahren kann ein Hinweis auf verschleppte Verfahren sein. Den Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens kann sowohl der Gläubiger als auch der Schuldner stellen.

Für die Kapitalgesellschaften sind die Eröffnungsquoten in Bremen seit 2003 von 36 auf 62 Prozent im Jahr 2011 deutlich angestiegen. Die Eröffnungsquoten der Personengesellschaften sind ebenfalls angestiegen, zuletzt auf eine Quote von 86 Prozent. Hier wurde aller-

dings bereits 2003 ein Niveau von knapp 70 Prozent erreicht.

Als Grund der Beantragung eines Insolvenzverfahrens werden die akute Zahlungsunfähigkeit, eine drohende Zahlungsunfähigkeit, eine Überschuldung sowie Kombinationen daraus unterschieden. Mit Blick auf die Eröffnungsgründe wird der weitaus größte Teil der Verfahren erst zum Zeitpunkt der Zahlungsunfähigkeit beantragt. Von dem Instrument der drohenden Zahlungsunfähigkeit wird kaum Gebrauch gemacht. Unter diesem Blickwinkel ist der geringe Anteil der mit Überschuldung begründeten Anträge immer noch auffällig. Ebenso wenig wird von dem Instrument der Eigenverwaltung Gebrauch gemacht.

Rund ein Fünftel der Insolvenzanträge werden durch die Gläubiger eingereicht. Auffällig ist, dass dieser Anteil insbesondere in den Jahren der Wirtschaftskrise bis auf knapp 15 Prozent zurückgegangen ist, um in 2011 sprunghaft anzusteigen.

Tabelle 2
Unternehmensinsolvenzen 2003 bis 2011 nach Antragsteller und Eröffnungsgrund

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Anzahl								
Unternehmensinsolvenzen									
Insgesamt	297	324	306	228	219	190	253	243	253
Antragsteller									
Gläubiger	63	60	68	47	42	30	37	36	77
Anteil in %	21,2	18,5	22,2	20,6	19,2	15,8	14,6	14,8	30,6
Schuldner	234	264	238	181	177	160	216	207	176
Eröffnungsgrund									
Zahlungsunfähigkeit	261	251	230	187	179	149	196	185	229
Drohende Zahlungsunfähigkeit	-	-	1	-	2	-	3	2	-
Überschuldung	-	-	12	-	10	21	52	49	23
Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung	36	73	61	41	28	20	2	7	1
Drohende Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung	-	-	2	-	-	-	-	-	-

Tabelle 3
Insolvenzverfahren und voraussichtliche Forderungen 2003 bis 2011

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Insgesamt									
Beantragte Verfahren (Anzahl)	1 216	1 527	1 791	2 726	1 800	1 835	2 150	2 260	2 161
Voraussichtliche Forderungen in 1 000 EUR									
Insgesamt	392 648	370 330	519 111	264 390	199 168	279 808	347 887	308 564	742 379
je Fall	323	243	290	97	111	152	162	137	344
Verbraucherinsolvenzen									
Beantragte Verfahren (Anzahl)	587	819	1 035	2 051	1 222	1 321	1 487	1 656	1 599
Voraussichtliche Forderungen in 1 000 EUR									
Insgesamt	27 646	29 458	48 276	71 610	50 788	52 204	56 396	69 164	61 430
je Fall	47	36	47	35	42	40	38	42	38
Unternehmensinsolvenzen									
Beantragte Verfahren (Anzahl)	297	324	306	228	219	190	253	243	253
Voraussichtliche Forderungen in 1 000 EUR									
Insgesamt	288 595	258 918	393 890	117 347	83 315	177 877	224 644	180 207	622 750
je Fall	972	799	1 287	515	380	936	888	742	2 461

Tabelle 4
Unternehmensinsolvenzen 2009 bis 2011 nach Rechtsform, Forderungshöhe und Alter des Unternehmens

Merkmal	2009	2010	2011	
	Anzahl		Häufigkeit ¹⁾	
Rechtsform				
Einzelunternehmen, freie Berufe, Kleingewerbe	59	45	34	x
Personengesellschaften	33	26	50	125
Kapitalgesellschaften	147	158	150	339
Sonstige Rechtsformen	14	14	19	356
Voraussichtliche Forderungshöhe (in EUR)				
Unter 5.000	10	12	10	x
5.000 bis unter 50.000	54	56	51	x
50.000 bis unter 250.000	91	86	89	x
250.000 bis unter 500.000	39	35	32	x
500.000 bis unter 1 Mill.	25	18	19	x
1 Mill. bis unter 5 Mill.	25	28	35	x
5 Mill. bis unter 25 Mill.	9	7	13	x
25 Mill. und mehr	0	1	4	x
Alters des Unternehmens				
Unbekannt	50	100	145	x
Unter 4 Jahre	60	38	24	x
4 bis unter 8 Jahre	49	38	32	x
8 Jahre und älter	94	67	52	x

gen, trotz eines verbesserten wirtschaftlichen Umfeldes. Offenbar haben sich die Gläubiger in den Jahren mit einem schwierigeren wirtschaftlichen Umfeld mit der Beantragung von Insolvenzverfahren zunächst noch zurückgehalten.

Finanzielle Auswirkungen

Die Relevanz für das wirtschaftliche Geschehen wird nicht allein durch die Fallzahlen bestimmt, sondern wesentlich auch durch die Höhe der Forderungsausfälle²⁾. Die endgültigen Summen können erst im Laufe des Verfahrens, in der Regel rund zwei Jahre nach Eröffnung, ermittelt werden. Die hier erfassten Forderungsausfälle sind daher mit Unsicher-

²⁾ Hinsichtlich der betroffenen Beschäftigten liegen für die Mehrzahl der Meldungen keine Angaben vor. Zudem sind zum Zeitpunkt der Antragstellung häufig keine Arbeitnehmer mehr in Beschäftigung. Angesichts der geringen Fallzahlen mit Angaben bleiben die Beschäftigtenzahlen außer Betracht.

Tabelle 5
Unternehmensinsolvenzen 2009 bis 2011 nach Wirtschaftsbereichen sowie Städten

	Stadt Bremen				Bremerhaven			
	2009	2010	2011		2009	2010	2011	
	Anzahl			Häufigkeit ¹⁾	Anzahl			Häufigkeit ¹⁾
Insgesamt	1 912	1 998	1 840	.	238	262	321	.
darunter Verbraucherinsolvenzen	1 350	1 504	1 366	25	137	152	233	21
Unternehmensinsolvenzen	203	186	206	107	50	57	47	149
nach Wirtschaftsbereichen								
Verarbeitendes Gewerbe	30	21	8	69	3	6	6	235
Baugewerbe	16	18	10	63	9	8	9	298
Handel; Instandhaltung und Reparatur von KFZ	50	44	42	98	6	10	7	95
Verkehr und Lagerei	10	21	42	375	5	3	4	201
Gastgewerbe	16	13	9	67	4	5	6	189
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistung	26	18	23	70	3	3	3	88
Sonstige Wirtschaftliche Dienstleistung	20	10	13	125	5	9	7	435

1) Häufigkeit: Unternehmensinsolvenzen je 10 000 Unternehmen 2009 (Steuerpflichtige mit einem jährlichen Umsatz von mehr als 17 500 EUR) bzw. Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohner am 1.1.2011

heiten behaftet. Eine gewisse Unschärfe gilt ebenso für Verbraucherinsolvenzen: Wenn Eheleute ein Insolvenzverfahren beantragen und die Schulden gemeinsam aufgenommen wurden, handelt es sich rechtlich um zwei separate Verfahren, die entsprechend für alle Erhebungsmerkmale ausgewertet werden.

Die voraussichtlichen Forderungsausfälle im Land Bremen haben sich im Jahr 2011 auf 742,4 Millionen Euro belaufen. Seit 2003 ist das der höchste Wert und gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um 140,6 Prozent. Als Ursache ist wesentlich die Insolvenz einer großen Unternehmensgruppe zu nennen, die durch wenige, sehr hohe Forderungssummen auffällig war. Aber auch generell unterliegt die Forderungssumme im Verlauf der letzten Jahre großen Sprüngen. Die voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger an die Verbraucher schwanken

weniger stark und entwickeln sich weitgehend analog zur Fallzahl. Die durchschnittliche Forderungssumme erreichte 2011 einen Wert von 38 000 Euro. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die durchschnittlichen Forderungsausfälle stark durch hohe Beträge insolventer Gebäudeeigentümer sowie von früher gewerblich Tätigen geprägt werden. Die Ausfälle von Verbrauchern ohne Immobilienbesitzer und ehemals Selbstständige dürften deutlich geringer ausfallen.

Rechtsform, wirtschaftlicher Schwerpunkt und Alter der Unternehmen

Mehr als die Hälfte aller insolventen Unternehmen weisen 2011 die Rechtsform einer GmbH auf. Die übrigen Unternehmensformen spielen keine dominante

Rolle. Die Insolvenzhäufigkeit der Kapitalgesellschaften ist mit 339 Insolvenzfällen je 10 000 Kapitalgesellschaften vergleichbar hoch gegenüber 125 Insolvenzfällen je 10 000 Personengesellschaften.

Für weniger als die Hälfte aller betroffenen Unternehmen liegen Angaben zur Dauer dessen Bestehens vor. Die Auswertung der verbleibenden Angaben zeigt, dass rund ein knappes Viertel der Unternehmen nur drei Jahre und ein weiteres gutes Viertel vier bis acht Jahre Bestand hatten. Die Hälfte der Unternehmen existierten acht Jahre und mehr.

Rund ein Fünftel der Insolvenzen in 2011 konzentriert sich auf Unternehmen mit dem wirtschaftlichen Schwerpunkt Handel, ein weiteres Fünftel entfällt auf Unternehmen mit dem Schwerpunkt Verkehr und Lagerei. In Relation

Tabelle 6
Unternehmensinsolvenzen in den Bundesländern 2009 bis 2011

Bundesland	2009	2010	Veränderung zum Vorjahr	2011	Veränderung zum Vorjahr	Insolvenzhäufigkeiten ¹⁾		
	Anzahl		%	Anzahl	%	2009	2010	2011
	Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl		
Baden-Württemberg	2 850	2 490	- 12,6	2 284	- 8,3	66	57	52
Bayern	3 943	3 837	- 2,7	3 413	- 11,1	69	66	59
Berlin	1 499	1 568	4,6	1 385	- 11,7	114	117	104
Brandenburg	754	676	- 10,3	629	- 7,0	86	76	71
Bremen	253	243	- 4,0	253	4,1	113	108	112
Hamburg	838	847	1,1	745	- 12,0	96	96	85
Hessen	1 953	1 742	- 10,8	1 681	- 3,5	79	71	68
Mecklenburg-Vorpommern	485	456	- 6,0	433	- 5,0	90	84	80
Niedersachsen	2 618	2 506	- 4,3	2 472	- 1,4	99	94	92
Nordrhein-Westfalen	10 895	11 521	5,7	11 215	- 2,7	167	175	170
Rheinland-Pfalz	1 382	1 356	- 1,9	1 225	- 9,7	89	87	79
Saarland	441	382	- 13,4	420	9,9	125	108	119
Sachsen	1 942	1 713	- 11,8	1 587	- 7,4	133	117	108
Sachsen-Anhalt	1 005	808	- 19,6	772	- 4,5	151	121	116
Schleswig-Holstein	1 203	1 233	2,5	1 104	- 10,5	112	112	101
Thüringen	626	620	- 1,0	481	- 22,4	83	82	64
Deutschland	32 687	31 998	- 2,1	30 099	- 5,9	104	101	95

1) Häufigkeit: Unternehmensinsolvenzen je 10 000 Unternehmen 2009 (Steuerpflichtige mit einem jährlichen Umsatz von mehr als 17 500 EUR).

zu den durch die Umsatzsteuerstatistik erfassten Unternehmen ergibt sich eine Insolvenzhäufigkeit, die sich in den beiden Städten Bremen und Bremerhaven unterscheidet. Im Durchschnitt melden in der Stadt Bremen rund 107 von 10 000 Unternehmen eine Insolvenz an. Dabei sticht die Häufigkeit im Bereich von Verkehr und Lagerei mit 375 Fällen je 10 000 hervor, gefolgt von den Sonstigen Wirtschaftsbereichen im Dienstleistungsbereich. Im Verlauf der Jahre 2009 bis 2011 haben sich die Meldungen im Verarbeitenden Gewerbe auffällig positiv entwickelt. In Bremerhaven ist die Insolvenzhäufigkeit mit 149 beantragten Insolvenzverfahren je 10 000 Fällen höher als in der Stadt Bremen. Insbesondere im Dienstleistungsbereich waren im Jahr 435

Fälle von der Insolvenz bedroht, gefolgt vom Baugewerbe und dem Verarbeitenden Gewerbe. Da in einigen Branchen nicht alle Unternehmen umsatzsteuerpflichtig sind³⁾, gilt es hier eine vorsichtige Interpretation der Insolvenzhäufigkeit vorzunehmen.

Andere Bundesländer

Im Bundesdurchschnitt nahm die Zahl der beantragten Unternehmensinsolvenzen gegenüber dem Vorjahr um 5,9 Prozent auf 30 099 ab. Demgegenüber ist ein Anstieg der Unternehmensinsolven-

zen außer im Land Bremen nur noch im Saarland zu registrieren.

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen war im Jahr 2011 mit 103 289 Fällen im Bundesgebiet rückläufig, und zwar um 5,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Damit wurden zum zweiten Mal seit Einführung der Insolvenzordnung im Jahr 1999 weniger Verbraucherinsolvenzen registriert als im entsprechenden Vorjahr.

³ Dies gilt z. B. für die Landwirtschaft oder Finanzmakler.

Tabelle 7
Beantragte Verbraucherinsolvenzen in den Bundesländern 2009 bis 2011

Bundesland	2009	2010	Veränderung zum Vorjahr	2011	Veränderung zum Vorjahr
	Anzahl		%	Anzahl	%
Baden-Württemberg	9 979	10 766	7,9	9 664	- 10,2
Bayern	10 392	11 349	9,2	10 898	- 4,0
Berlin	4 471	4 706	5,3	4 663	- ,9
Brandenburg	4 327	4 273	- 1,2	4 102	- 4,0
Bremen	1 487	1 656	11,4	1 599	- 3,4
Hamburg	2 677	2 887	7,8	2 912	,9
Hessen	6 803	7 557	11,1	7 095	- 6,1
Mecklenburg-Vorpommern	1 982	2 263	14,2	2 199	- 2,8
Niedersachsen	13 390	14 485	8,2	13 977	- 3,5
Nordrhein-Westfalen	24 397	26 329	7,9	25 322	- 3,8
Rheinland-Pfalz	4 482	23 442	423,0	4 641	- 80,2
Saarland	1 693	1 670	- 1,4	1 716	2,8
Sachsen	4 487	4 999	11,4	4 261	- 14,8
Sachsen-Anhalt	3 464	3 485	,6	3 425	- 1,7
Schleswig-Holstein	4 349	4 615	6,1	4 412	- 4,4
Thüringen	2 722	2 717	- ,2	2 403	- 11,6
Deutschland	101 102	127 199	25,8	103 289	- 18,8

Fazit

Gegenüber den letzten Jahren findet die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ihren Ausdruck im Rückgang der beantragten Insolvenzverfahren von Unternehmen. Entgegen dem Bundestrend sind die Fallzahlen in Bremen leicht gestiegen. Mit Blick auf die geringen Fallzahlen kann dieser Anstieg weitgehend durch den Zusammenbruch einer größeren Unternehmensgruppe im Jahr 2011 erklärt werden.

Die Änderung der Insolvenzordnung in 2001 hat zu Teilen zu einer frühzeitigeren Einleitung von Insolvenzverfahren geführt. Gleichwohl ist der Eindruck zu gewinnen, dass das gesetzte Ziel noch

nicht in vollem Umfang erreicht ist. Die aktuell im Gesetzgebungsverfahren behandelte Änderung der Insolvenzordnung soll entsprechend eine Erleichterung der Sanierung von Unternehmen erreichen.

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzverfahren ist in 2011 in Deutschland insgesamt rückläufig. Die Entwicklung in Bremen folgt diesem Trend. Allerdings zeigt der in 2010 registrierte deutliche Anstieg der Fallzahlen, dass die gesetzlichen Entlastungsangebote die betroffenen Bürger lange Zeit nicht erreicht hat und die Einrichtung einer neuen Beratungsstelle eine Versorgungslücke geschlossen hat.

Weitere Informationen

Die Broschüre kann kostenlos unter www.statistik.bremen.de heruntergeladen werden.
Weitere Informationen zum Thema Insolvenzen finden Sie u. a. hier:

Land Bremen

- Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.): Insolvenzverfahren im Land Bremen 2011. Statistischer Bericht, Bremen, Mai 2012. Kostenlos verfügbar als pdf-Datei unter www.statistik.bremen.de, Rubrik „Veröffentlichungen“.
- Datenbankabruf unter www.statistik.bremen.de / Daten und Fakten / Datenbanken.

Andere Bundesländer, Deutschland

- Statistikportal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder unter www.statistikportal.de.
- Regionaldatenbank Deutschland der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder unter www.regionalstatistik.de.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Unternehmen und Arbeitsstätten: Insolvenzverfahren. Fachserie 2, Reihe 4.1. Wiesbaden, Mai 2012. Verfügbar als pdf- oder Excel-Datei unter www.destatis.de.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Unternehmen und Arbeitsstätten: Insolvenzverfahren. Qualitätsbericht. Wiesbaden, Mai 2011. Verfügbar als pdf- Datei unter www.destatis.de.

Abkürzungen und Erläuterungen

Im Allgemeinen wird ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelwerten geringfügige Abweichungen in der Endsumme ergeben.

P	vorläufiger Zahlenwert
r	berichtigter Zahlenwert
s	geschätzter Zahlenwert
.	Zahlenwert ist unbekannt oder geheim zu halten
...	Zahlenangaben fallen später an
–	Zahlenwert ist genau null (nichts)
x	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll oder Fragestellung nicht zutreffend
()	Wert mit beschränkter Aussagekraft
/	Kein Nachweis, weil Ergebnis nicht ausreichend genau

Statistisches Landesamt Bremen

Hausanschrift

An der Weide 14–16
28195 Bremen
Telefon: +49 421 361-0
E-Mail: office@statistik.bremen.de

www.statistik.bremen.de

Straßenbahn/Bus:

Haltestelle Hauptbahnhof

Auskunftsdienst und Bibliothek:

Telefon: +49 421 361-6070
E-Mail: info@statistik.bremen.de

Öffnungszeiten:

Montag bis Donnerstag
9.00 bis 15.00 Uhr
Freitag
9.00 bis 14.00 Uhr
oder nach Vereinbarung

Herausgeber: Statistisches Landesamt Bremen.

Redaktion: Statistisches Landesamt Bremen.

Gestaltung, Satz und Druck: Statistisches Landesamt Bremen.

Titelbild: Statistisches Landesamt Bremen

© Statistisches Landesamt Bremen, Bremen, 2012.

Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

